



Sitzungsvorlage
090/002/2019

Amt/Abteilung: Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerbeteiligung Datum: 05.12.2019	Aktenzeichen: 090		
An:	Datum der Beratung	Zuständigkeit	Abstimmungsergeb.
Stadtvorstand	09.12.2019	Vorberatung N	
Stadtrat	17.12.2019	Entscheidung Ö	

Betreff:

Landauer Weg der Bürgerbeteiligung: Zusammensetzung des Beteiligungsrats

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat stimmt dem Losverfahren für die Sitze der Bürgerschaft im Beteiligungsrat wie folgt zu:

- Sechs Sitze des Beteiligungsrats werden von Bürgerinnen und Bürgern besetzt. Davon gehen jeweils drei Sitze an Frauen und drei an Männer.
- Es gibt einen Lostopf mit den Namen der weiblichen Bewerberinnen und einen Lostopf mit den Namen der männlichen Bewerber.
- Aus jedem Lostopf werden zunächst drei Lose gezogen. Die ausgelosten Personen sind damit Mitglieder des Beteiligungsrats.
- Im Nachgang dazu werden nochmals sechs Frauen und sechs Männer als Vertreterinnen und Vertreter aus den jeweiligen Lostöpfen gezogen.

Der Stadtrat stimmt der Besetzung der zwei Sitze der Verwaltung wie folgt zu:

- Den ersten Sitz nimmt die städtische Bürgerbeteiligungsbeauftragte als geborenes Mitglied ein.
- Den zweiten Sitz nimmt die städtische Gleichstellungsbeauftragte ebenfalls als geborenes Mitglied ein.

Der Stadtrat stimmt außerdem der Besetzung der vier Sitze des Stadtrats zu.

Auf Grundlage der eingegangenen Vorschläge werden aus den Stadtratsfraktionen gewählt:

- Kim Neumann (GRÜNE)
Vertreter: Christian Kolain (GRÜNE)
- Lea Heidbreder (GRÜNE)
Vertreterin: Lea Saßnowski (GRÜNE)
- Susanne Burgdörfer (CDU)
Vertreterin: Lena Dürphold (CDU)
- Hans Peter Thiel (SPD)
Vertreter: Hermann Demmerle (SPD)

Die Amtsperiode des Beteiligungsrats wird an die Amtsperiode des Stadtrats der Stadt Landau in der Pfalz geknüpft.

Begründung:

Im Zuge der ersten Amtsperiode des Beteiligungsrates der Stadt Landau in der Pfalz wurde im ersten Halbjahr 2019 durch Prof. Dr. Ursula Stein eine Evaluation durchgeführt. Im Evaluationsbericht wurde empfohlen, die Amtszeit des Beteiligungsrats zu verlängern. Gemäß dem Stadtratsbeschluss vom 5. November 2019 wird die Amtszeit des Beteiligungsrats künftig an die Amtsperiode des Stadtrats geknüpft.

Darüber hinaus wurde die Anzahl der Mitglieder des Rats angepasst. Die Erhöhung der Anzahl der Mitglieder des Beirats ergab sich aus der veränderten Zusammensetzung des Stadtrats. So wurde beschlossen, die Anzahl der Vertreterinnen und Vertreter des Stadtrats von zwei auf vier Mitglieder zu erhöhen. Um im Beteiligungsrat auch weiterhin eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger gewährleisten zu können, wurde die Anzahl der Vertreterinnen und Vertreter aus der Bürgerschaft ebenfalls um zwei Personen, also auf sechs stimmberechtigte Mitglieder, erhöht. Die Anzahl der Mitglieder aus der Verwaltung bleibt unverändert.

Gemäß der Leitlinie für Bürgerbeteiligung sollen Frauen und Männer gleichermaßen im Beteiligungsrat vertreten sein. Vor diesem Hintergrund ist die Ziehung der Lose aus zwei Töpfen vorgesehen.

Die zwei Sitze der Verwaltung werden mit der Bürgerbeteiligungsbeauftragten/stellvertretenden Leiterin der Stabsstelle für Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerbeteiligung sowie der Gleichstellungsbeauftragten besetzt. Die städtische Bürgerbeteiligungsbeauftragte als geborenes Mitglied des Rats zu bestimmen, ist aufgrund des organisatorischen und thematischen Zusammenhangs sinnvoll. Die Gleichstellungsbeauftragte wurde bereits in der ersten Amtsperiode aufgrund einer gleichberechtigten Besetzung als geborenes Mitglied bestimmt. Die Expertise der Gleichstellungsbeauftragten in den Beratungen des Beteiligungsrats hat sich bewährt. Aus diesem Grund soll die bisherige Regelung beibehalten werden.

Die Sitze der Stadtratsmitglieder werden unter Zugrundelegung der Sitzverteilung in den Ausschüssen und Beiräten nach Sainte-Lagué/Schepers vergeben. Somit ergeben sich für GRÜNE, CDU und SPD je ein Wahlvorschlag. Zur Ermöglichung eines gemeinsamen Wahlvorschlags haben sich die Fraktionen von GRÜNE und CDU über die Verteilung des vierten Wahlvorschlags geeinigt. Die beiden Fraktionen haben sich darauf verständigt, das Vorschlagsrecht für den vierten Vertreter der GRÜNE – Stadtratsfraktion zu geben.

Beteiligtes Amt/Ämter:

Hauptamt

Schlusszeichnung:

